

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtausgabe
Tageblatt Riesa,
Bernstr. Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Bauamtsamts Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Stroße:
Riesa Nr. 22.

Nr. 120.

Sonnabend, 24. Mai 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Interesses von Produktionsverleugungen, Erhöhungen der Abzins- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zehntausend und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligte Rabatte erlöschen, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Adressierte Anzeigendrucke werden unentgeltlich an den Adressierten geschickt. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der Heeres- und Flotten-Etat vom Reichstag angenommen.

Die erste Rate für das Panzerschiff B abgelehnt. Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen Reichswehrminister Groener abgelehnt.

Wd. Berlin, am 23. Mai, 8 Uhr.

Präsident Lobe eröffnete die Freiungsitzung des Reichstages mit Glückwünschen für den Abg. Schulz-Dobersohn (Dnat.) zum Geburtstag.
In der Fortsetzung der

zweiten Beratung des Reichswehr-Etats

wünschte Abg. Köber (Christl.-Nat. Bauernpartei) eine größere Pflege der theoretischen und praktischen Vorbereitung für die Landwirtschaft bei den auszubildenden Reichswehrangehörigen. In der Reichswehr herrsche ein guter Geist. An den Kosten für die Ausbildung dürfe nicht gespart werden. An den Ausgaben für die Munition sollten keine Abstriche gemacht werden. Geradezu verwerflich sei jede Sparmaßnahme bei der Ausrüstung der Soldaten.
Damit ist die Aussprache über das Landheer beendet. Es folgt die Beratung des

Etats der Reichsmarine.

Reichswehrminister Groener

welk auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages über den Umfang der deutschen Kriegsmarine hin. Der Schiffsbestand der deutschen Kriegsmarine war schon nach dem Kriege überaus stark. In der Kreuzer- und Zerstörerklasse sind die Schiffe Schritt für Schritt erneuert worden. Die Zerstörer haben in der Servicezeit ein Alter von 24 bis 28 Jahre, während zwanjig Jahre ausgedient waren, erreicht. Alle Regierungen nach dem Kriege waren bereit, die uns im Kriegsschiffbau gegebenen Möglichkeiten voll auszunutzen. Erst aus politischen und Wahlsünden ist eine andere Note hineingetragen worden. Seit der bedenklichen Wahlschiff Panzerschiff gegen Kinderpejsuna ist der Panzerschiff-Erbauung leider Gegenstand heftiger Parteikämpfe geworden. Um diesen Zustand zu ändern, kann ich im Einverständnis mit dem Reichszankler erklären: die letzte Reichsregierung wird dem Beschluß der vorigen Reichsregierung durchzuführen und mit dem Etatvoranschlag für 1931 ein Programm vorlegen, in dem für eine Reihe von Jahren die Erhaltung der Marine festgelegt sind und in dem auch der Ersatz der Zerstörer vorgesehen ist. In diesem Programm soll auch eine erste Rate für den Bau des Panzerschiffes B enthalten sein.

Dem Reichstag ist zum Marine-Etat eine Broschüre beigegeben, von einem Herrn Alboldt, der sich — ich weiß nicht mit welchem Recht — Marinefachverständiger im Untersuchungsausschuß nennt. Eine solche Stellung gibt es nach meiner Kenntnis der Dinge nicht. Ich habe festgestellt, daß es sich in der Broschüre vornehmlich um „alle Kamellen“ handelt, um Behauptungen, die vom Chef der Marineleitung längst widerlegt worden sind. Ich habe eine schriftliche Widerlegung der Behauptungen dieser Broschüre aufstellen lassen, die den Abgeordneten zur Verfügung steht.
Der Minister trägt dann die Zahlen der englischen Marine-Etats vor, um zu zeigen, daß die von Alboldt angeführten Zahlen unzutreffend sind. Was ich bei der Aufklärung der deutschen Marine die Abrüstung der übrigen Flotten verzögert werde. In der Broschüre Alboldt handelt es sich, so erklärt der Minister, um Verdrehungen von größter Unehrlichkeit. Damit genau von der deutschen Selbstverurteilung, die man nur auf das tiefste bedauern kann. (Beifall rechts.)

Erzweilt sind dagegen die Erfahrungen, die wir mit den Auslandsreisen unserer Kriegsschiffe gemacht haben. Diese Reisen finden in vollem Einvernehmen mit dem Außenminister, manchmal sogar auf seinen Wunsch statt. Das muß betont werden zur Abwehr der Behauptung, daß der Wehrminister eine Sonderpolitik treibe und damit die Stimmung des Auslandes ungünstig beeinflussen. Die Sorge darum, was das Ausland sagt, ist lächerlich und unwirksam. Wir tun das, was wir vom deutschen Interesse heraus für richtig halten und damit basta! (Beifall links.)

Abg. Geyerhelt (Soc.)

Wir bejaßen die Wehrmacht, bejaßen die Marine und wissen auch, daß die Marine Schiffe haben muß (Beifall links); wir können aber nicht zugeben, daß Millionen für ein Panzerschiff bewilligt werden sollen in einer Zeit, in der uns die Mittel fehlen, den Arbeitslosen die notwendigen Existenzmittel zu gewähren. Wir können nicht dem Prinzip zustimmen, daß die Möglichkeiten des Versailler Vertrages ausgeschöpft werden müssen. Nicht der Versailler Vertrag ist für uns entscheidend, sondern die finanzielle und wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes. Um die Marine vor kommunistischer Propaganda zu schützen, wird der Mannschafsbau aus politisch ganz unerschwerenen Gründen vom Lande genommen. Das ist aber gerade der verkehrte Weg, denn diese Leute fallen viel leichter der radikalen Verführung zum Opfer als junge Arbeiter, die in der Schule der

Arbeiterbewegung urteilsfähig geworden sind. Der Geist der Sparsamkeit ist in die deutsche Marine noch nicht eingedrungen. Auf diesem Gebiete sollte der Minister die Grundzüge durchzuführen, die er in einem Buch niedergeschrieben hat, bevor er Minister war.

Abg. Graf zu Eulenburg (Dnat.)

fordert die Bewilligung der ersten Bau-rate des Panzerschiffes B. Der Minister habe leider vor der Mitte kapituliert, statt als alter General Schliefens strategische Forderung zu erfüllen: Macht mir den rechten Flügel stark! Der Versuch auf die erste Rate des Panzerschiffes müsse auf den gefährdeten deutschen Osten wirken, als werde er von der Regierung preisgegeben.

Abg. Wegmann (Str.)

welk darauf hin, daß im vorliegenden Etat die Ausgaben für die Reichsmarine hinter den Ausgaben des Etats für 1928 zurückgeblieben seien. Bedenklich sei die Höhe der persönlichen im Verhältnis zu den sachlichen Ausgaben. Der übermäßig große Verwaltungsapparat der Marine sei noch immer nicht abgebaut worden. Hier müsse eine Vereinfachung gefordert werden. Beim Offizierskorps der Marine bestehe keine konfessionelle Parität. 56 Prozent evangelischen Händen nur 15 Prozent katholische Offiziere gegenüber. Die futur- und wirtschaftspolitischen Erfolge der Marine-Auslandsreisen sollte man nicht überschätzen. Zu dem deutschnationalen Antrag auf Bewilligung der ersten Bau-rate für das Panzerschiff B erklärt der Redner, daß Zentrum lehne die Bewilligung für den diesjährigen Etat ab, Stimme aber der Erklärung des Ministers zu, daß mit dem Bau im nächsten Etatsjahr begonnen werden soll. Für die durch den Versailler Vertrag so schwer geschädigten Städte Kiel und Wilhelmshaven müßte mehr getrieben als bisher. Das Zentrum begrüße die Aufündigung eines Marinebauprogramms für das nächste Jahr.

Abg. von Bartenwerffer (Dnat.)

nennt den Bitterbund ein Instrument gegen die Wiederherstellung der Macht des deutschen Reiches, statt Abrüstung sehe man überall Aufrüstung. Man werde auch weiterhin über Deutschland zur Tagesordnung übergehen, wenn es nicht seine Macht aufbaue. Diersür komme in erster Linie die Flotte in Frage. Die Regierung müsse in dieser Frage den Mut zur Führung haben. Unser veraltetes Schiffs-material habe bei den Auslandsreisen Mitleid und Schadenfreude hervorgerufen. Deutschland müsse in der Lage sein, brauchen modernes Material zu zeigen. Damit werde es auch seine Bündnisfähigkeit wieder haben.

Abg. Dr. Reubener (Komm.)

erklärt das pazifistische Gerede der Sozialdemokraten könne nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein neuer Krieg der imperialistischen Mächte vorbereitet sei.

Abg. Brüninghaus (DBp.)

tritt für die Bewilligung der ersten Bau-rate des Panzerschiffes B ein. Die Bewilligung liege auch im Interesse der

Arbeiterkraft, denn der Bau des Panzerschiffes würde 4500 Arbeitern für vier Jahre Arbeit und Brot verschaffen.

Abg. Kolb (Bap. Sp.)

lehnt den deutschnationalen Antrag auf Bewilligung der ersten Bau-rate des Panzerschiffes B ab mit Rücksicht auf die Erklärung des Ministers. Bei der angeforderten Vorlegung des Marinebauprogramms müßten sich alle Parteien zusammenschließen, um die Reichsmarine im Rahmen der angebotenen Möglichkeiten das Schiffsmaterial zu erneuern. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Die Sozialdemokraten üben dabei Stimmhaltung mit Ausnahme des Abg. Severing, der gegen den Mißtrauensantrag stimmt.

Zum Haushalt des Landheeres

werden die von den Regierungsparteien beantragten Streichungen bei den einmaligen Ausgaben für Neubauten angenommen. Alle weiteren Streichungsanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten werden abgelehnt, ebenso wie die deutschnationalen Anträge auf Erhöhung einzelner Postitionen. Angenommen wird die Aufschubentscheidung, die die Regierung erlät, die Garnison Einbau befehlen zu lassen und die Garnisonen Militär (Zustellen) und Gumbinnen in unverminderter Stärke zu belassen. In der Entscheidung wird weiter gefordert, daß vom nächsten Etat ab die angeforderten Ausgaben für Neubauten von Kasernen und Anlagen von Uebungsplätzen durch Einnahmen aus der Veräußerung entbehrlichen militärischen Eigentums gedeckt werden.

Im Haushalt der Reichsmarine

werden die fortdauernden Ausgaben nach den Beschlüssen des Ausschusses bewilligt.

Bei den einmaligen Ausgaben wird die zweite Bau-rate von 8,7 Millionen für das Panzerschiff A in namentlicher Abstimmung mit 207 gegen 184 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei sieben Stimmhaltungen bewilligt.

Darauf wird der deutschnationalen Antrag auf Einstellung der ersten Bau-rate des Panzerschiffes B in den diesjährigen Etat in namentlicher Abstimmung mit 270 gegen 129 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Für den Antrag haben die Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Christlich-Nationalen, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei gestimmt.

Das Abstimmungsergebnis wird mit Plus-Minus recht und Bravo-Minus links angenommen.

Ein Antrag der Regierungsparteien auf Streichung von 400 000 Mark bei der Wert von Wilhelmshaven wird unter großer Beifall durch eine Mehrheit der Oppositionsparteien abgelehnt.

Nach Bewilligung des Restes des Etats verläßt sich das Haus gegen 8 Uhr auf Sonnabend, 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Post-Etat.

Start des „Graf Zeppelin“ nach Rio de Janeiro.

1) Pernambuco. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Freitag, fünf Minuten vor Mitternacht (Sonnabend früh 2.25 Uhr MEZ), zur Fahrt nach Rio de Janeiro aufgefliegen.

2) Pernambuco, 24. Mai. Nachdem das Luftschiff „Graf Zeppelin“ fünf Minuten vor Mitternacht (Ortszeit) die Antarkade gelöst hatte, flog es zunächst langsam auf und verschwand dann innerhalb weniger Minuten in südlicher Richtung in der Tropennacht. Dr. Gdener war, begleitet von dem deutschen Konsul, Vertretern der brasilianischen Regierung und der deutschen Kolonate, bereits am 10 Uhr am Landungsplatz eingetroffen. Wie bei der Landung, hatte sich auch zur Abfahrt eine Menschenmenge von Zuschauern hinter dem Polizeifordon eingekundet, die aufmerksam die Vorbereitungen zum Start des Luftschiffes verfolgte.

3) New York. Bei der Gasfüllung des Luftschiffes „Graf Zeppelin“, die wegen der außerordentlich großen Hitze während des Tages erst am Abend vorgenommen werden konnte, wurden wie Associated Press aus Pernambuco meldet, zwei Mitglieder der Zeppelin-Mannschaft durch Brandwunden verletzt, jedoch sind die Wunden nicht gefährlich.

Der „Zeppelin“ auf dem Wege nach Rio.

4) Rio de Janeiro, 24. Mai. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ überflog heute früh 1.25 Uhr die Stadt Maragape (Provinz Bahia), die 75 Meilen südlich von Pernambuco liegt.

New York. (Funkpruch.) Nach einer hier vorliegenden Meldung überflog das Luftschiff „Graf Zeppelin“ bei Tagesanbruch den Staat Bahia in südlicher Richtung.

New York. (Funkpruch.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ überflog auf seiner Fahrt nach Rio de Janeiro heute früh 8.15 Uhr (11.50 Uhr MEZ) die Stadt Bahia.

Die weiteren Flugpläne des „Graf Zeppelin“.

Pernambuco. Dr. Gdener erklärte, daß die Reise nach Rio de Janeiro vorläufig bis Sao Paulo abgebrochen werden wird, falls die Bitterungsverhältnisse es gestatten. Am Montag früh wird das Luftschiff wieder in Pernambuco landen, um die Gasvorräte aufzufüllen. Am Mittwoch früh soll dann der Flug nach Laebeck angetreten werden.

Ausreise des Kreuzers Karlruhe.

Wilhelmshaven. (Funkpruch.) Der am 21. Mai von Kiel hier eingetroffene unter dem Kommando des Kapitäns zur See Lindau ruhende Kreuzer Karlruhe ist nach Übernahme der Kadetten des Kreuzers Emden heute vormittag 10 Uhr zu seiner Auslandsfahrt ausgelaufen. Die sieben Monate dauernde Schulungsfahrt des Kreuzers führt um Afrika und dann nach Südafrika.